

# Rodungen künftig nur mit Erlaubnis

## Kabinett billigte Landeswaldprogramm

Wiesbaden (Ihe). Wer in Hessen Wälder roden will, braucht künftig eine Genehmigung. Dies schreibt das „Landeswaldprogramm“ vor, das die Landesregierung auf Vorschlag von Umweltminister Schneider verabschiedet hat. Wie Schneider in Wiesbaden mitteilte, sollen Bäume in dicht besiedelten Gebieten, im Bereich der regionalen Grünzüge und in Gemarkungen mit geringen Waldgebieten grundsätzlich nicht mehr abgeholzt werden können. Ausnahme genehmigungen seien nur dann vorgesehen, wenn die ökologischen Nachteile mit Ersatzaufforstungen im gleichen Naturraum und möglichst vor der Rodung ausgeglichen werden.

Als wichtigste Ziele des Waldprogramms bezeichnete der Minister die Erhaltung der vorhandenen Wälder und die Sicherung ihrer Lebensfähigkeit. Das Programm sei ein verbindlicher Teil der Landesplanung. Vor seiner Verabschiedung habe die Landesregierung etwa 30 gesellschaftliche Gruppen angehört,

darunter vor allem die anerkannten Naturschutzverbände, den Hessischen Städte- und Gemeindebund, den Städtetag, die Waldbesitzer, Gewerkschaften und die Kirchen.

Das Kabinett sehe in dem Waldprogramm einen „Leitfaden für aktive Forstpolitik“, sagte Schneider.

# Politologe gibt Grünen keine dauerhafte Erfolgchance

## Studie im Auftrag der hessischen FDP-Landtagsfraktion

Wiesbaden (Ihe). Auch wenn die hessischen Grünen bei der Landtagswahl am 26. September den Einzug ins Parlament schaffen sollten, haben sie nach Ansicht des Frankfurter Politologen Prof. Dr. Franz Greß „keine dauerhaften Erfolgchancen“. In einer am Donnerstag in Wiesbaden veröffentlichten Analyse des Landesprogramms der Grünen kommt der Wissenschaftler zu dem Schluß, daß die Umweltschützer „soziale Bewegung und Partei“ zugleich sein wollten. An diesem Widerspruch würden sie längerfristig zerbrechen. Greß erstellte seine Studie im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion.

Nach Ansicht des Wissenschaftlers benutzen einige grüne Politiker die Anliegen des Umweltschutzes als „Hebel“ zur Veränderung des parlamentarisch-demokratischen Systems in der Bundesrepublik. Außerdem seien die Grünen „nicht kompromißfähig“, da sie die Ausübung von Macht und damit auch die Über-

nahme politischer Verantwortung ablehnten. Schließlich habe die Umweltschutzpartei ihr Verhältnis zur Gewalt nicht eindeutig geklärt. Ihre inhaltlichen Ziele entsprächen vielfach den Forderungen der Studentenbewegung in den 60er Jahren, allerdings, „ohne deren historischen Kenntnisstand und theoretisches Niveau“.

Der FDP-Landtagsabgeordnete Weghorn räumte ein, daß die im Landtag vertretenen Parteien die Grünen zum Teil unqualifiziert und zu pauschal angegriffen hätten. Damit sei die Umwelpartei gestärkt und überbewertet worden. Als Beispiel nannte er die Äußerung von Ministerpräsident Börner, die Grünen brächten sich mit ihrem halbherzigen Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie in die Nähe des Faschismus. Mit derart „hartem Draufschlagen“ können die etablierten Parteien nach Weghorns Meinung kaum Wähler gewinnen.

# 10 000 WAA-Gegner erwartet

## Demonstration am Wochenende bei Wangershausen

Frankenberg (a). Über 10 000 Kernkraftgegner erwarten die hessischen Bürgerinitiativen gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) am Samstag bei Frankenberg-Wangershausen. Auf Wiesen in unmittelbarer Nachbarschaft des geplanten Standorts veranstalten die Bürgerinitiativen ab 11 Uhr ein „WAAld-Wiesen-Protestfest“, das „dem heiteren und besinnlichen Charakter“ der Landschaft entsprechen soll.

Die eigentliche Kundgebung beginnt um 14 Uhr. Dazu werden auch Kernkraftgegner aus Südniedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Nordbayern erwartet. Mit etwa 100 Traktoren wollen sich Landwirte aus dem Kreis Waldeck-Frankenberg und aus dem Hochsauerlandkreis an der Demonstration beteiligen.

### Jusos für Teilnahme

Zur Teilnahme an der Demonstration haben auch die hessischen Jungsozialisten aufgerufen. Der stellvertretende Landes-

vorsitzende Hilgen (Kassel) erklärte, die Demonstration werde deutlich machen, daß die Errichtung einer solchen Anlage regional, überregional und bundesweit auf den erbitterten Widerstand der Bevölkerung stoße. Anstelle von Milliardeninvestitionen in ein Atomprogramm fordern die Jungsozialisten den konsequenten Einsatz dieser Mittel zur Energieeinsparung und zur Entwicklung alternativer Technologien. Auf diese Weise würden wesentlich mehr Arbeitsplätze gerade in Klein- und Mittelbetrieben geschaffen.

### Überhorst kommt

Am kommenden Montag wird der frühere Vorsitzende der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ des Bundestags, Reinhard Überhorst, in Frankenberg seine ersten Vorschläge für ein neues Bürgerbeteiligungsmodell im Rahmen des Prüfungsverfahrens für die Errichtung einer Aufarbeitungsanlage bei Wangershausen „auf den Tisch legen“.

# Anerkennung für Rechtspfleger

## Bundesjustizminister Schmude in Rotenburg

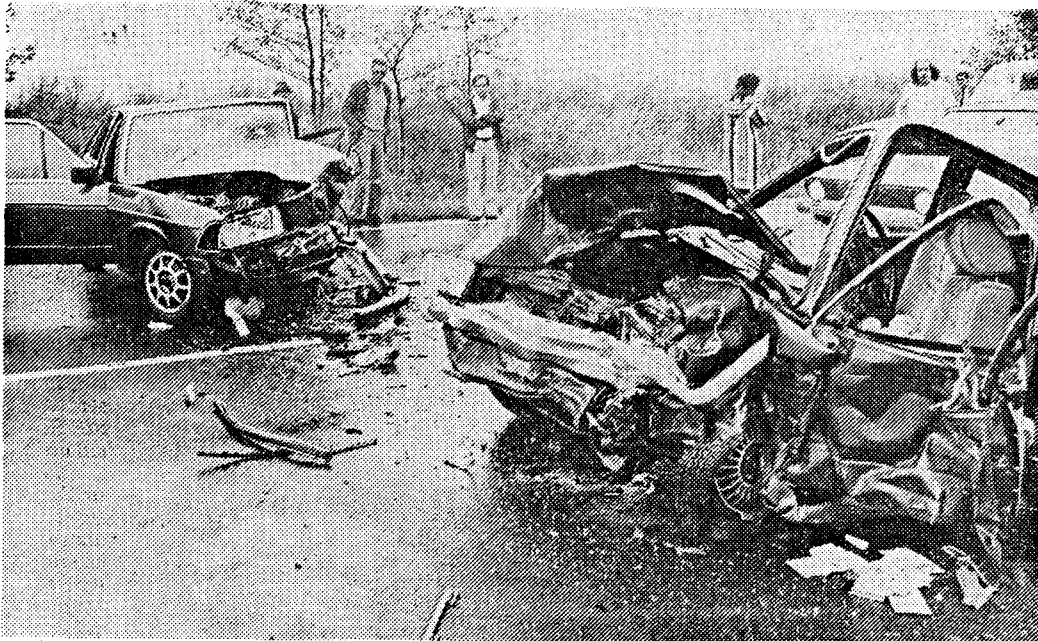
Rotenburg (dis). Bundesjustizminister Dr. Schmude bezeichnete gestern in der Rotenburger Verwaltungsfachhochschule mit dem 1957 eingeführten Rechtspflegergesetz als eine „kleine Justizreform, die erste gesetzliche Grundlagen für den Wandel vom ‚Richtergehilfen‘ zum eigenständigen Organ der Rechtspflege gelegt“ habe. Schmude wies vor Studenten der Rechtspflege darauf hin, daß der Anlaß für die „Geburt“ dieses Berufsstands, der nunmehr 25 Jahre bestehe, mit der Belastung der Justiz noch immer aktuell sei.

Besondere Beachtung verdiene – so betonte der Bundesminister – die Ausbildung der Rechtspfleger im vorsorgenden Berufsweig, bei der gütlichen und schlichten Streitbeilegung.

Hessens Justizminister Dr. Günther wies auf die selbständige Arbeit hin, die im Berufsbild des Rechtspflegers mit den gesetzlichen Grundlagen Fuß gefaßt habe. Ihm falle – so wie jetzt bei großen Vergleichsverfahren – eine wichtige Aufgabe zu.

### „Keine Arbeitsplatzsorgen“

Die seit 1974 an der Verwaltungsfachhochschule ausgebildeten rund 600 Rechtspfleger – etwa die Hälfte sind Frauen – kennen nach Auskunft des Rektors, Heinz Ebener, keine Arbeitsplatzsorgen. Wenn sie das vorgeschaltete Auswahlverfahren und das Examen erfolgreich überständen, fänden sie entweder im Staatsdienst oder in der freien Wirtschaft einen Arbeitsplatz, sagte der Rektor.



# Zwei Tote bei Zusammenstoß

Zwei Todesopfer forderte der Zusammenstoß zweier Personenwagen am Donnerstag gegen 11.30 Uhr auf der Bundesstraße 83 zwischen Grebenstein und der Bundesstraße 7 im Landkreis Kassel. Der genaue Unfallhergang ist noch nicht geklärt, doch geht die Polizei davon aus, daß es während eines Überholvorgangs zu dem Frontalzusammenstoß

kam. Dabei erlitten die beiden Fahrer, die allein in ihren Fahrzeugen saßen, tödliche Verletzungen. Der 59jährige Günter Heinrich Hofmann aus Espenau (Landkreis Kassel) wurde in seinem Fahrzeugwrack eingeklemmt. Der 78jährige Georg Fink aus Kassel wurde bei dem Zusammenstoß aus dem Wagen geschleudert. Die Bundesstraße 83 mußte nach dem Unfall über zwei Stunden für den Fahrzeugverkehr gesperrt werden. (Foto: John)

# 1300 Gymnasiallehrer wollen auf bezahlte Mehrarbeit verzichten

Wiesbaden (Ihe). 1300 von etwa 5000 Gymnasiallehrern, die im Hessischen Philologenverband organisiert sind, haben sich durch Unterschrift verpflichtet, während der 80er Jahre auf Mehrarbeit zu verzichten. Sie wollen damit einen Beitrag zur Solidarität mit ihren arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen leisten. Eine Liste mit den Unterschriften hat der stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbands, Freywich, Kultusminister Krollmann überreicht.

Wie Freywich mitteilte, haben die Unterzeichner der „Solidaritätsaktion 1982“ bei ihrer Unterschrift ausdrücklich nicht zwischen bezahlter Mehrarbeit innerhalb und außerhalb der Schule unterschieden. Für viele Gymnasiallehrer sei angesichts der Arbeitslosigkeit von Kollegen eine bezahlte Mehrarbeit von Lehrern auch außerhalb der Schule „nicht zu verstehen“.

Die Verbandsmitglieder, die sich an der Aktion bislang nicht beteiligt haben, forderte Freywich auf, ebenfalls auf bezahlte Mehrarbeit zu verzichten.

Leder zeigt sich jetzt von seiner rustikalen Seite, in dunklen Naturtönen, im Stil der echten Oldtimer.

**379,-**

# LEDER IM ANTIK-LOOK.

Kassel · Königsplatz

# Overmeyer

## Club M

Die Welt der Mode. Neu: Für Damenmode die Top-Adresse.